



## **PRESSEMITTEILUNG 13. Mai 2005**

### **Berufsakademie-Abschluß jetzt europaweit anerkannt**

Nach Jahren hartnäckiger Bemühungen um eine Absicherung der Abschlüsse an der Berufsakademie kann endlich Erfolg gemeldet werden. „Die Berufsakademie ist europaweit mit den neuen Abschlüssen der Universität gleichgestellt“, so die CDU-Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble. Das Europäische Parlament hat bei seiner Sitzung in dieser Woche in Straßburg beschlossen, die Berufsakademie künftig mit dem Bachelor-Abschluß gleichzustellen. Damit ist die Berufsakademie europaweit anerkannt, so Gräble. Darüberhinaus werden "Abschlüsse in etwa 150 deutschen Ausbildungsberufen ebenfalls künftig europaweit akzeptiert". Davon sei ein "starker Impuls für die Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt" zu erwarten.

„Nach der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten die in anderen EU-Ländern erworbene Berufsqualifikationen anerkennen, wenn diese heimischen Qualifikationen gleichwertig oder vergleichbar sind“, so Gräble. Sie sieht darin "handfeste Vorteile", vor allem für junge Berufsabsolventen. "Damit werden schwerwiegende Hindernisse für die grenzüberschreitende Mobilität von Berufstätigen im EU-Binnenmarkt beseitigt."

Die neue Richtlinie zur Berufsqualifikation sieht vor, dass bei einer vorübergehenden Erbringung einer Dienstleistung in einem Mitgliedsstaat, die Berufsqualifikation automatisch anerkannt wird, wenn der Beruf zwei Jahre lang selbstständig ausgeübt wurde. Bei einer dauerhaften Niederlassung in einem anderen Mitgliedsstaat wird der Beruf anerkannt, wenn der Abschluss vergleichbar ist. Das liegt vor, wenn in einem Raster von fünf Qualitätsniveaus (Angelernter bis Hochschulabsolvent) mindestens das Niveau unter dem im Zielland verlangten Niveau erreicht wird. So kann zum Beispiel eine deutsche Zahnarzthelferin (Niveau 2) in Italien arbeiten, obwohl dort an sich zweijährig eine Fachschule besucht werden muss (Niveau 3). In Ausnahmefällen können die Mitgliedstaaten eine zusätzliche Prüfung oder eine Nachschulung verlangen, wenn die zum Verbraucher- oder Gesundheitsschutz notwendig ist. Die gut funktionierenden und schon seit den 70er Jahren bestehenden Sonderregeln für Gesundheitsberufe, Architekten und Rechtsanwälte bleiben unverändert. Behörden und ähnliche Einrichtungen wie zum Beispiel Notariate bleiben außen vor. Die Gewerbeaufsicht kann eine Anmeldung der Dienstleister verlangen und bei sensiblen Berufen (zum Beispiel Schmuckhandel und Schlüsseldienste) eine Zuverlässigkeitsprüfung vornehmen.

Gräble trat ferner Befürchtungen entgegen, die Richtlinie erleichtere Billigkonkurrenz in Deutschland, denn der Niedriglohnbereich sei von der Richtlinie nicht betroffen, weil dort gar keine staatlichen Berufsqualifikationsanforderungen gestellt würden. So habe etwa die rot-grüne Bundesregierung den Meisterzwang für die Hälfte der Berufe in Deutschland ohnehin bereits abgeschafft.